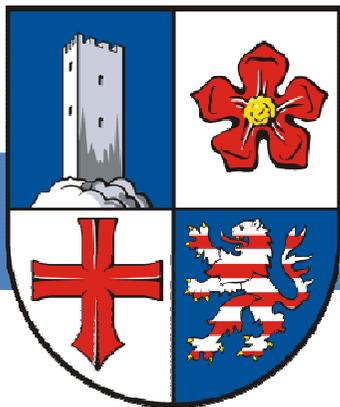


2016



1. Finanz- und Controllingbericht



Kreis Bergstraße

30.04.2016

Vorbemerkungen zum Finanzteil des Berichts

Nach § 28 GemHVO ist der Kreisausschuss verpflichtet, dem Kreistag mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Diese Unterrichtung erfolgt seit 2008 durch zwei Finanz- und Controllingberichte je Haushaltsjahr. Im Finanzteil des vorliegenden Berichts wird im Ergebnishaushalt auf Gesamthaushaltsebene sowie auf der Ebene der Teilhaushalte die jeweilige Entwicklung des Haushaltsvollzugs zum 30.04.2016 abgebildet und eine Prognose zum Ende des Haushaltsjahres 2016 abgegeben. Die Prognose basiert auf der Einschätzung der Produktverantwortlichen. Hierzu wurden die Produktverantwortlichen gebeten, bereits absehbare, haushaltswirksame Veränderungen, die 5 T€ je Produkt und Aufwands- bzw. Ertragsart überschreiten, mitzuteilen. Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, die Versorgungsaufwendungen und die Abschreibungen werden erst am Jahresende gebucht. Um eine realistischere Auswertung des Gesamtergebnisses zu gewährleisten, wurde bei diesen Positionen (kalkulatorisch) ein Buchungsstand zum 30.04.2016 unterstellt, der exakt 1/3 des Ansatzes entspricht. Beim Finanzhaushalt wurden die Investitionen und die Kreditaufnahme dargestellt. Außerdem wird über die seit Jahresbeginn aufgenommen Kredite und abgeschlossenen Derivativen Finanzinstrumente berichtet. Des Weiteren sind im Rahmen der Berichterstattung zum Kommunalen Schutzschirm die Veränderungen nach Produktbereichen gegliedert separat dargestellt. Ferner wird i. R. des Forderungswesens unter Teilhaushalt 1 über Forderungen des Kreises in der Vollstreckung sowie die Einnahmen aus der zentralen Rückstandsdatei für das Zulassungswesen berichtet. Außerdem erfolgt an dieser Stelle eine Berichterstattung über die Auftragsvergaben i. R. der Einrichtung von Flüchtlingsaufnahmestellen für das Land Hessen.

Vorbemerkungen zum Controllingteil des Berichts

Zu 25 der 68 Produkte im Haushaltsplan 2016 wurden 45 Ziele mit 50 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

- Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2016
- Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2016 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad
- Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:
 - Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 76 %)
 - Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 11 Kennzahlen = 22 %)
 - Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 – 2015 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (*in Kursivdruck*), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Gesamtergebnishaushalt

Pos.	Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	34.780 €	34.580 €	-200 €	-0,6%	5.380 €	15,5%
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	7.960.100 €	7.869.537 €	-90.563 €	-1,1%	2.206.270 €	27,7%
03	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	36.936.068 €	29.653.368 €	-7.282.700 €	-19,7%	3.028.255 €	8,2%
04	Bestandsveränderungen + aktivierte Eigenleistungen						
05	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge	186.200.000 €	186.200.000 €	0 €	0,0%	61.969.072 €	33,3%
06	Erträge aus Transferleistungen	75.921.480 €	75.403.980 €	-517.500 €	-0,7%	23.172.209 €	30,5%
07	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	119.276.564 €	115.037.722 €	-4.238.842 €	-3,6%	32.593.630 €	27,3%
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten *	4.916.100 €	4.916.100 €	0 €	0,0%	1.638.700 €	33,3%
09	Sonstige ordentliche Erträge	183.800 €	186.250 €	2.450 €	1,3%	8.407 €	4,6%
10	Summe der ordentlichen Erträge	431.428.892 €	419.301.537 €	-12.127.355 €	-2,8%	124.621.923 €	28,9%
11	Personalaufwendungen	36.636.700 €	36.740.000 €	103.300 €	0,3%	11.092.154 €	30,3%
12	Versorgungsaufwendungen *	4.680.000 €	4.680.000 €	0 €	0,0%	1.560.000 €	33,3%
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	39.262.217 €	37.437.083 €	-1.825.134 €	-4,6%	9.442.054 €	24,0%
14	Abschreibungen *	4.813.191 €	6.813.191 €	2.000.000 €	41,6%	1.604.397 €	33,3%
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	69.523.811 €	69.403.811 €	-120.000 €	-0,2%	22.664.375 €	32,6%
16	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen	50.897.000 €	50.087.486 €	-809.514 €	-1,6%	16.787.828 €	33,0%
17	Transferaufwendungen	214.425.008 €	193.568.998 €	-20.856.010 €	-9,7%	56.610.287 €	26,4%
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.500 €	7.500 €	0 €	0,0%	5.036 €	67,1%
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	420.245.427 €	398.738.069 €	-21.507.358 €	-5,1%	119.766.132 €	28,5%
20	Verwaltungsergebnis	11.183.465 €	20.563.468 €	9.380.003 €	83,9%	4.855.791 €	43,4%
21	Finanzerträge	1.137.250 €	307.552 €	-829.698 €	-73,0%	24.898 €	2,2%
22	Finanzaufwendungen	8.417.650 €	7.486.650 €	-931.000 €	-11,1%	858.849 €	10,2%
23	Finanzergebnis	-7.280.400 €	-7.179.098 €	101.302 €	-1,4%	-833.951 €	11,5%
24	Ordentliches Ergebnis	3.903.065 €	13.384.370 €	9.481.305 €	242,9%	4.021.840 €	103,0%
25	Außerordentliche Erträge	6.106.400 €	8.771.687 €	2.665.287 €	43,6%	8.535.717 €	139,8%
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.054.850 €	2.219.189 €	164.339 €	8,0%	842.147 €	41,0%
27	Außerordentliches Ergebnis	4.051.550 €	6.552.498 €	2.500.948 €	61,7%	7.693.570 €	189,9%
28	Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	7.954.615 €	19.936.868 €	11.982.253 €	150,6%	11.715.410 €	147,3%

Das **Jahresergebnis** verbessert sich gegenüber dem vom Kreistag am 07.12.2015 beschlossenen und von der Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 18.02.2016 genehmigten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 voraussichtlich um rd. 11.982 T€ auf einen Überschuss von rd. 19.937 T€. Für insgesamt 31 Produkte des Kreishaushalts wird im Jahresergebnis eine Verbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert, für 17 Produkte wird mit einer Verschlechterung gerechnet, bei 20 Produkten werden keine Abweichungen von den Ansätzen prognostiziert. Für das **Ordentliche Ergebnis** ergibt sich eine prognostizierte Verbesserung von rd. 9.481 T€ gegenüber dem Haushaltsplan auf einen Überschuss von jetzt rd. 13.384 T€. Das entspricht einer positiven Abweichung vom vereinbarten **Konsolidierungspfad** i. H. von rd. 27.628 T€ bzw. 105,19 € je Einwohner. Damit ist nach wie vor gewährleistet, dass die Vorgaben, die sich aus dem Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm des Landes ergeben, erfüllt werden.

Sowohl die ordentlichen Erträge (- 12.127 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 21.507 T€) verringern sich. Das prognostizierte **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um 9.380 T€ auf rd. 20.563 T€. Auf der Ertragsseite verringern sich primär die Kostenersatzleistungen und -erstattungen, die Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Transfererträge. Auf der Aufwandsseite sind v. a. die Transferaufwendungen, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie die Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen rückläufig. Ein Anstieg wird hingegen bei den nicht zahlungswirksamen Abschreibungen erwartet. Das **Finanzergebnis** stellt sich mit einer prognostizierten Verbesserung von rd. 101,3 T€ ebenfalls positiv dar. Im **Außerordentlichen Ergebnis** wird zudem mit Verbesserungen i. H. v. rd. 2.501 T€ gerechnet.

Bei den **Personalaufwendungen** wird gegenüber der Veranschlagung insgesamt ein Mehrbedarf i. H. v. 103,3 T€ prognostiziert. Dieser Mehraufwand im Vergleich zum Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen:

- Mehraufwendungen im Bereich der Abteilung Soziales, des Jugendamtes und des Ausländer- und Migrationsamtes – bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen – i. H. v. rd. 365 T€
- Erhöhter Aufwand für Auszubildende i. H. v. 91,6 T€
- Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung um rd. 1,0 T€

Dem stehen folgende Einsparungen bei den Personalaufwendungen gegenüber:

- Einsparungen von rd. 50,0 T€ aufgrund nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer
- Minderausgaben als Folge von Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen (bis zum Berichtsstichtag) i. H. v. rd. 140,0 T€
- Einsparungen bedingt durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen (insbesondere verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenteile) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten)) i. H. von rd. 164,3 T€

Teilhaushalt 01 – Zentrale Verwaltung

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	8.801.760 €	8.726.440 €	-75.320 €	-0,9%	2.090.619 €	23,8%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	25.930.661 €	25.908.911 €	-21.750 €	-0,1%	7.329.720 €	28,3%
Verwaltungsergebnis	-17.128.901 €	-17.182.471 €	-53.570 €	0,3%	-5.239.101 €	30,6%
Finanzergebnis	80.000 €	80.006 €	6 €	0,0%	15.939 €	19,9%
Ordentliches Ergebnis	-17.048.901 €	-17.102.465 €	-53.564 €	0,3%	-5.223.162 €	30,6%
Außerordentliches Ergebnis	16.500 €	22.834 €	6.334 €	38,4%	-4.141 €	-25,1%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-17.032.401 €	-17.079.631 €	-47.230 €	0,3%	-5.227.303 €	30,7%

Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 53,6 T€ gegenüber dem Ansatz. Ertragseinbußen bei den Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 80,0 T€) sowie höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 60,7 T€) können durch Einsparungen bei den Personalaufwendungen (- 82,4 T€) nicht vollständig kompensiert werden. Ferner erhöhen sich die Kostenersatzleistungen und -erstattungen um 4,5 T€ sowie die sonstigen ordentlichen Erträge um rd. 0,2 T€.

Die **Gebührenerträge der Fleischhygiene** werden sich voraussichtlich um 100 T€ gegenüber der Veranschlagung verringern. Grund hierfür ist die Schließung eines Schlachthofes, welche zu weniger Einnahmen führt. Bei den **Gebührenerträgen der Lebensmittelüberwachung** wird hingegen mit Mehrerträgen i. H. v. 20 T€ gerechnet. Die von den Eigenbetrieben zu erstattenden Beiträge erhöhen sich um 4,5 T€. Daher erhöhen sich die Erträge aus **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** beim Produkt *Haushaltsplanung und Finanzmanagement* um diesen Betrag.

Bei den **Personalaufwendungen** wird in diesem Teilhaushalt mit Wenigeraufwendungen i. H. v. insgesamt 82,4 T€ gerechnet. Aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung ist bei den Produkten *Zentrales Controlling* (+ 104,5 T€) und *Repräsentation u. Kontaktpflege* (+ 100 T€) mit Mehraufwendungen zu rechnen. Des Weiteren erhöht sich der Personalaufwand im Bereich *Verwaltungsführung und -steuerung* um 84,5 T€ durch die vorgesehenen Änderungen im Bereich der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen wird zudem mit einem Mehraufwand i. H. v. 83,9 T€ beim Produkt *Aufenthalts-, Personenstandsrecht u. Ausländerbeauftragte* kalkuliert. Aufgrund von Stellenvakanzen ergeben sich dagegen Einsparungen beim Personalaufwand bei folgenden Produkten:

- Organisation und Dokumentation der Willensbildung in Kreistag und Kreisausschuss (- 9,5 T€)
- Zentrale Dienste und Fuhrpark (- 137,4 T€)

- Rechtsberatung und -betreuung (- 94,3 T€)
- Haushaltsplanung und Finanzmanagement (- 64,2 T€)
- Zulassungs- und Führerscheinswesen (- 81,7 T€)

Außerdem ergeben sich Einsparungen i. H. v. 68,2 T€ beim Produkt *Fleischhygiene* aufgrund von Erkrankungen ohne Lohnfortzahlung.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich um rd. 60,7 T€. Diese Verschlechterung ist zum einen auf einen Mehrbedarf von 40 T€ beim Produkt *Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte* zurückzuführen, da durch die gestiegene Anzahl der Asylbewerber Mehraufwendungen für Vordrucke und elektronische Aufenthaltstitel (eAT) entstehen. Zum anderen entstanden beim Produkt *Wahlen und Statistik* Mehrkosten i. H. v. 24 T€ im Rahmen der Kommunalwahl, insbesondere für die Stimmzettel.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** verringern sich beim Produkt *Personalmanagement und -entwicklung* um 17 T€, da voraussichtlich weniger periodenfremde Aufwendungen als in den Vorjahren anfallen.

Forderungswesen: Forderungen in der Vollstreckung, Zentrale Rückstandsdatei

Es befinden sich derzeit (Stand 02.05.2015) 4.837 Forderungen in der **Vollstreckung**. Es handelt sich hierbei um 2.042 **eigene Forderungen** und um 2.795 **Fremdforderungen**.

Die Einnahmen aus der **Zentralen Rückstandsdatei** für das Zulassungswesen betragen von Februar 2010 bis Mai 2016 rd. 644 T€.

Auftragsvergaben im Rahmen der Einrichtung von Flüchtlingsaufnahmestellen für das Land Hessen

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 02.11.2015 folgenden Beschluss gefasst: „Der Kreisausschuss ermächtigt den Landrat und den Finanzdezernenten (...) Aufträge im Wert von bis zu 50.000 € zu vergeben. Dem Kreisausschuss ist quartalsweise eine Liste vorzulegen, welche die Auftragsvergaben zwischen 25.000 € und 50.000 € darstellt. Diese Regelung gilt bis zum 30.06.2016.“ Durch das Sozialamt und das Jugendamt erfolgten bis zum Berichtsstichtag keine Auftragsvergaben nach den o. g. Kriterien. Bei der Abteilung Brand- und Katastrophenschutz erfolgten zwischen dem 02.11.2015 und dem 30.04.2016 insgesamt 18 Auftragsvergaben zwischen 25 T€ und 50 T€ im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahmestelle Viernheim. Der Gesamtwert dieser Auftragsvergaben beträgt 555.075,46 €. Der Durchschnitt pro Auftrag liegt demnach bei 30.837,53 €. Die Auftragsvergaben betrafen überwiegend Ausgaben im Zusammenhang mit der Verpflegung (Catering).

Teilhaushalt 02 – Schule und Kultur

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	70.929.000 €	70.883.250 €	-45.750 €	-0,1%	23.754.032 €	33,5%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	69.933.700 €	69.878.200 €	-55.500 €	-0,1%	22.949.297 €	32,8%
Verwaltungsergebnis	995.300 €	1.005.050 €	9.750 €	1,0%	804.735 €	80,9%
Finanzergebnis	-1.023.400 €	-1.023.400 €	0 €	0,0%	-350.523 €	34,3%
Ordentliches Ergebnis	-28.100 €	-18.350 €	9.750 €	-34,7%	454.212 €	-1616,4%
Außerordentliches Ergebnis	35.000 €	20.351 €	-14.649 €	-41,9%	-8.195 €	-23,4%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	6.900 €	2.001 €	-4.899 €	-71,0%	446.016 €	6464,0%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich marginal um rd. 9,8 T€ gegenüber dem Ansatz. Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 45,7 T€) können durch Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (- 55,5 T€) kompensiert werden.

Die prognostizierten Veränderungen beim ordentlichen Ergebnis betreffen ausschließlich die *Kreisvolkshochschule*. Ertragseinbußen bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten i. H. von 45,7 T€ stehen Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 55,5 T€ gegenüber. Nach Verabschiedung des Haushaltsplans wurde der Ansatz sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen pauschal um 200 T€ erhöht. Diese Mittel sollten zur Durchführung von Deutschkursen für Flüchtlinge genutzt werden. Die Bedarfsmeldungen, die vom Amt für Soziales gemeldet wurden, wurden abgedeckt. Derzeit sind die Kurszahlen niedriger als erwartet. In den Fachbereichen EDV und Business English hat die KVHS Teilnehmerverluste hinzunehmen, die durch kostenlose innerbetriebliche Schulungsmaßnahmen vor allem größerer Unternehmen, verursacht werden. Beide Aspekte führen zu niedrigeren Gebühreneinnahmen, aber im Gegenzug auch zu Einsparungen bei den Dozenten honoraren. Insgesamt reduziert sich der Zuschussbedarf für die KVHS um rd. 7,8 T€ auf rd. 448,5 T€.

Ferner sind außerordentliche Aufwendungen ohne Ansatz bei der Schülerbeförderung (rd. 12,7 T€) und bei der Kreisvolkshochschule (rd. 2,0 T€) entstanden. Es handelt sich hierbei um periodenfremde Aufwendungen.

Teilhaushalt 03 – Soziales und Jugend

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	169.885.932 €	157.755.244 €	-12.130.688 €	-7,1%	38.536.283 €	22,7%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	255.520.588 €	234.945.694 €	-20.574.894 €	-8,1%	68.013.588 €	26,6%
Verwaltungsergebnis	-85.634.656 €	-77.190.450 €	8.444.206 €	-9,9%	-29.477.305 €	34,4%
Finanzergebnis	0 €	30 €	0 €		30 €	
Ordentliches Ergebnis	-85.634.656 €	-77.190.420 €	8.444.206 €	-9,9%	-29.477.275 €	34,4%
Außerordentliches Ergebnis	4.557.050 €	7.103.628 €	2.546.578 €	55,9%	7.753.877 €	170,2%
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-81.077.606 €	-70.086.792 €	10.990.784 €	-13,6%	-21.723.399 €	26,8%

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 8.444,2 T€. Sowohl die ordentliche Erträge (- 12.130,7 T€) als auch die ordentlichen Aufwendungen (- 20.574,9 T€) reduzieren sich deutlich gegenüber der Veranschlagung. Die einzelnen Teilbereiche stellen sich dabei wie folgt dar:

Teilbereich Soziales (Produkte 3010 bis 3060, 3080, 3101, 3130 und 3220):

Bei den ordentlichen Erträgen werden insgesamt Verbesserungen i. H. von rd. 4.361 T€ prognostiziert, bei den ordentlichen Aufwendungen Verbesserungen i. H. von rd. 11.057 T€, so dass sich das Ordentliche Ergebnis im Teilbereich Soziales um rd. 6.696 T€ gegenüber der Haushaltsplanung verbessert. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich voraussichtlich wie folgt:

- **Hilfe zum Lebensunterhalt (3010):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 70 T€. Dies ist ausschließlich auf höhere Transferaufwendungen zurückzuführen. Die prognostizierten Fallzahlen wurden bereits Ende des Jahres 2015 überschritten (365 statt 345 Fälle), während die Kosten pro Fall relativ stabil sind. Für die Aufwendungen für die Verwandtenpflege beim Jugendamt wird bislang von keiner Prognoseänderung ausgegangen.
- **Hilfe zur Pflege (3020):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 242,8 T€. Auch bei diesem Produkt ist die prognostizierte Veränderung ausschließlich auf den Transferaufwand zurückzuführen. In der ambulanten Pflege wurden die prognostizierten Fallzahlen bisher nicht erreicht (285 statt 301 Fälle), die durchschnittlichen Kosten pro Fall jedoch erheblich überschritten (502 € statt 449 € je Fall), was zu einem Mehraufwand i. H. v. rd. 94,8 T€ führt. In der Hilfe zur Pflege in Einrichtungen zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, wie außerhalb von Ein-

richtungen. Die Fallzahlen wurden bisher nicht erreicht (635 statt 675 Fälle), die Kosten pro Fall und Monat fallen bislang zwar geringfügig höher aus als ursprünglich geschätzt (770 € statt 766 €), dies kann jedoch durch die geringen Fallzahlen kompensiert werden, sodass eine Einsparung i. H. v. 337,6 T€ prognostiziert wird.

- **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (3030):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 883,3 T€. Die ausschließlich beim Transferaufwand entstehende Verbesserung begründet sich wie folgt: die Aufwendungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen fallen voraussichtlich geringer aus als prognostiziert (- 908,3 T€). Bei relativ konstanten Fallzahlen verringern sich die Kosten pro Fall und Monat von 967 € auf 850 €. Im Jahresverlauf kann allerdings durchaus mit einer Annäherung an die Planwerte gerechnet werden. Die Eingliederungshilfe in Einrichtungen wird in der Regel beim Landeswohlfahrtsverband bearbeitet und dem Kreis einmal jährlich in Rechnung gestellt. Insofern ist es kaum möglich unterjährig eine Entwicklung abzubilden. Der aktuelle Prognosewert (+ 25 T€) orientiert sich daher am Ergebnis des Jahres 2015.
- **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (3060):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um rd. 55,0 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich um 295 T€. Die prognostizierten Fallzahlen außerhalb von Einrichtungen wurden bis Ende April 2016 noch nicht erreicht (2.060 statt 2.130 Fälle), während die durchschnittlichen Kosten pro Fall mit 477 € statt 470 € bereits geringfügig überschritten wurden, was insgesamt a. v. E. zu einer Einsparung i. H. von 221 T€ führt. Bei der Grundsicherung in Einrichtungen wurden die Fallzahlen bis Ende April 2016 ebenfalls nicht erreicht (220 statt 237 Fälle) und die durchschnittlichen Aufwendungen pro Fall unterschreiten den Planansatz nur wenig (250 € statt 258 €), was in der Summe ebenfalls zu Einsparungen führt (74 T€). Im weiteren Jahresverlauf kann allerdings mit einer Angleichung an die Plandaten gerechnet werden. Die Beteiligung des Bundes gem. § 46a SGB XII i. H. v. 100 % des Nettotransferaufwandes sinkt analog. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen verringern sich daher um rd. 473,1 T€ auf rd. 12.290,8 T€. Davon entfallen 12.274,3 T€ auf die Zuweisung des Bundes gem. § 46a SGB XII (100% der prognostizierten Nettoaufwendungen, Reduzierung analog Transferaufwand) und 16.500 € auf die pauschale Kostenerstattung nach § 7 Landesaufnahmegesetz (bis zu 4 Personen à 343,00 € mtl.). Des Weiteren verringern sich die Personalaufwendungen aufgrund von Stellenvakanzen um 123,1 T€. Ferner wurde die Prognose der außerordentlichen Erträge an den aktuellen Buchungsstand angepasst (+ 60,7 T€).
- **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (3080):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich signifikant um rd. 5.655 T€. Aus einem prognostizierten Defizit von rd. 4.161 T€ wird ein Überschuss von rd. 1.494 T€.
 - o Die **Transferaufwendungen** verringern sich um rd. 7.912 T€. Für das II. Quartal 2016 hat das Regierungspräsidium die Zuweisungsquote mit 334 Personen festgelegt, d. h. rund 111 Personen pro Monat. Da der Flüchtlingsstrom in den Sommermonaten erfah-

rungsgemäß zunimmt, kommt es im III. und IV. Quartal eines Jahres regelmäßig zu steigenden Zuweisungszahlen. Die aktuelle Kalkulation geht mit einer sehr vorsichtigen Schätzung davon aus, dass es zu einer Steigerung von 30% gegenüber dem jeweiligen Vorquartal kommt. In den Monaten Januar – Mai 2016 wurden durchschnittlich 40 Personen an die Job-Center abgegeben. Vier Personen reisten durchschnittlich pro Monat freiwillig aus. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Abgänge weiterhin auf diesem Niveau bewegen. Aufgrund der weltweit unklaren Situation (Ausweichrouten, stärkerer Zustrom über das Mittelmeer in den Sommermonaten, Auswirkungen aus der Auflösung der weltgrößten Flüchtlingslager in Kenia), ist durchaus damit zu rechnen, dass die Flüchtlingsströme im Jahresverlauf erneut anschwellen und die Planansätze ausgeschöpft werden. Die Entwicklung stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

- § 2 AsylbLG:
 - Lfd. Leistungen 934 Personen (statt 1.217) x 300 € mtl. (statt 297,30 €) = 3.400.000 € (statt 4.342.000 €)
 - Krankenhilfe = 1.200.000 € (statt 2.570.000 €)
 - Sonstige Hilfen = 3.000 € (unverändert)
- § 3 AsylbLG:
 - Lfd. Leistungen 3.145 Personen (statt 3.565) x 280 € mtl. (statt 339 €) = 10.567.200 € (statt 14.502.420 €)
 - Krankenhilfe = 3.553.850 € (statt 5.221.000 €)
 - Arbeitsgelegenheit = 10.000 € (unverändert)
- Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verringern sich ebenfalls (- 1.832,9 T€). Die aktuelle Prognose geht von einer maximalen Ausnutzung aller derzeit zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsunterkünfte aus, zuzüglich der Aufwendungen für die Unterkünfte der Christophorus Wohnheime eG, die im Laufe des Jahres fertig gestellt werden. Darüber hinaus sind erhebliche Kosten für Umbauarbeiten in Zusammenhang mit der Umnutzung verschiedener Bürogebäude enthalten. Auch wenn die Zuweisungen derzeit erheblich zurückgegangen sind, ist nicht auszuschließen, dass weiterhin Unterkünfte akquiriert werden müssen. Es ist damit zu rechnen, dass der geplante Ansatz im Jahresverlauf ausgeschöpft wird. Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:
 - Kreiseigene Gemeinschaftsunterkünfte und Umnutzung ehemaliger Bürogebäude: 1.720.000 € (+ 1.594.000 €)
 - Angemietete Gemeinschaftsunterkünfte: 13.700.000 € (- 1.908.000 €)
 - Privatwohnungen: 903.000 € (- 1.519.000 €)
 - Integrationsmaßnahmen und Koordination Ehrenamt: 215.000 € (unverändert)
 - Betriebskosten Verwaltung: 50.900 € (+ 68 €)
- Im Gegenzug verringern sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** um 4.248,2 T€. Durch die Änderung des Landesaufnahmegesetzes, die zum 01.01.2016 in Kraft getreten ist, wurde die Pauschale Kostenerstattung pro Person und Monat auf 940,00 €

erhöht. Die aktuelle Kalkulation (3.366 statt 3.765 Personen) basiert auf den Abrechnungen für das I. und II. Quartal 2016 und der Annahme, dass es bei den Zuweisungen im III. und IV. Quartal 2016 zu Steigerungen von 30 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal kommt. Die Erstattungen für die Krankenhilfe (250 T€) ist ein Schätzwert und orientiert sich an den Vorjahresergebnissen.

- Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhen sich um 316 T€. Bei der Abgabe von Personen mit Bleibeberechtigung an die Job-Center werden die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vorläufig weiter gezahlt, bis die Job-Center die Anträge abschließend geprüft haben und Leistungen auszahlen. Da diese Leistungen rückwirkend ab Antragstellung bewilligt werden, entstehen regelmäßig Erstattungsansprüche gegenüber den Job-Centern. Durch die erhöhte Anzahl an Bleibeberechtigten, die in das Leistungssystem nach dem SGB II wechseln, erhöhen sich diese Erstattungsansprüche entsprechend (Schätzung auf Basis des Buchungsstandes Mitte Mai).
- Die **Personalaufwendungen** erhöhen sich um 161,8 T€ aufgrund des Abschlusses von befristeten Arbeitsverhältnissen bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen.
- **Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege (3101):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 40 T€. Das ist ausschließlich auf höhere Erträge aus Transferleistungen zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um Erstattungen für psychosoziale Betreuung von den Herkunftskommunen auswärtiger Frauen, die im Frauenhaus Bergstraße Zuflucht finden (Schätzung auf Basis der Vorjahresergebnisse).
- **Sonstige Hilfen und Sozialleistungen (3130):** Im ordentlichen Ergebnis werden keine Veränderungen prognostiziert. Im außerordentlichen Bereich sind Erträge i. H. von rd. 29 T€ ohne Ansatz entstanden.

Bei den Produkten 3040, 3050 und 3220 werden keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen prognostiziert.

Teilbereich SGB II (Produkt 3070)

Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 319,7 T€. Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen erhöhen sich um 405 T€. Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen erhöht sich die Erstattung des Landes für Leistungen an Personen nach § 7 Landesaufnahmegesetz voraussichtlich um diesen Betrag. Auf der Aufwandsseite erhöhen sich jedoch auch die Personalaufwendungen um 85,3 T€ aufgrund der Abordnung von Beschäftigten der Kreisverwaltung zum Eigenbetrieb Neue Wege. Ferner entstanden außerordentliche Aufwendungen ohne Ansatz i. H. von rd. 7,4 T€.

Teilbereich Jugend (Produkte 3120, 3140 bis 3210)

Das ordentliche Ergebnis bei den Produkten des Jugendamtes verbessert sich um rd. 1.426 T€. Die ordentlichen Erträge verringern sich voraussichtlich um 8.177 T€, die ordentlichen Aufwendungen um rd. 9.603 T€. Die einzelnen Hilfearten entwickeln sich dabei voraussichtlich wie folgt:

- **Unterhaltsvorschussleistungen (3120):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 1.936,9 T€. Bei den Abschreibungen wird mit einem Anstieg um rd. 2.000 T€ gegenüber dem Ansatz kalkuliert. Die erhöhte Prognose bei der Wertberichtigung von Forderungen resultiert aus der Orientierung am Rechnungsergebnis 2015. Der Kalkulation wurde die aktuelle Rückholquote zugrunde gelegt. Die Rückholquote lag am 30.04.2016 bei 23%. Von den Erträgen im UVG verbleibt nur ein Drittel beim Kreis Bergstraße, die anderen 2/3 werden an das Land abgeführt. Eine kontinuierliche Sachbearbeitung kann inzwischen durch die vollzogene Umstrukturierung gewährleistet werden, sodass mit der Erreichung des geplanten Haushaltsansatzes bei den Erträgen aus Transferleistungen gerechnet wird. Bei den Transferaufwendungen ist festzustellen, dass die Aufwandsentwicklung zum Erhebungszeitpunkt leicht rückläufig ist. Die Zahl der Antragsteller kann im Bereich Unterhaltsvorschuss nicht beeinflusst werden. Des Weiteren sind die Aufwendungen und Erträge im Bereich Unterhaltsvorschuss immer von der finanziellen Leistungsfähigkeit der beteiligten Personen abhängig. Eine Steuerung ist in diesem Bereich nur im Rahmen einer qualifizierten und kontinuierlichen Sachbearbeitung möglich. Da diese durch die Umstrukturierungsmaßnahmen gesichert ist, kann von der Einhaltung des Ansatzes ausgegangen werden. Bei den außerordentlichen Erträgen erfolgte eine Anpassung der Prognose an den aktuellen Buchungsstand (+ 61 T€).
- **Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege (3140):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich voraussichtlich um rd. 1.246,5 T€. Während auf der Ertragsseite nur marginale Veränderungen erwartet werden (Rückgang der Erträge aus Transferleistungen um 25,5 T€ und der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen um 7 T€), ist auf der Aufwandsseite mit erheblichen Einsparungen zu rechnen. Aufgrund des bisherigen Haushaltsvollzugs wird bei den Transferaufwendungen mit einem Rückgang um 1.150 T€ kalkuliert. Der Ansatz setzt sich aus Kindergartenbeiträgen und Kosten für die Kinder in Tagespflege sowie Essensgelder zusammen. Durch die Zunahme von Flüchtlingskindern, die nicht kostenbeitragspflichtig sind, wurde der Ansatz gegenüber dem Vorjahr seinerzeit deutlich erhöht. Auch bei den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüssen wird auf Basis des bisherigen Haushaltsvollzugs mit einer Einsparung i. H. von 129 T€ gerechnet. Hierbei handelt es sich um die Weiterleitung diverser Fördermittel an verschiedene Träger.
- **Prävention, Förder-, Unterstützungs- u. erzieherische Beratungsleistungen (3151):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 176,6 T€. Die Transferaufwendungen reduzieren sich voraussichtlich um 68 T€. Es handelt sich um Aufwendungen gemäß §§ 18, 19, 20 und 21 SGB VIII sowie um Leistungen für präventive Maßnahmen und Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung & Entwicklung junger Menschen.

Die Personalaufwendungen reduzieren sich wegen Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung um 159,6 T€ gegenüber dem Ansatz. Auf der Ertragsseite reduzieren sich die Erträge aus Transferleistungen auf der Basis des laufenden Haushaltsvollzugs voraussichtlich um 51 T€. Es handelt sich hierbei um Kostenbeiträge nach stationären Leistungen gemäß §§ 19, 20 und 21 SGB VIII.

- **Hilfe zur Erziehung (3170):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um rd. 1.980 T€. Bei den Transferaufwendungen wird auf Basis des laufenden Haushaltsvollzugs mit einer Reduzierung um 8.925 T€ kalkuliert. Die Kostenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung inklusiver der umA's sind derzeit leicht rückläufig. Zum Berichtsstichtag kann daher zum Jahresende mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung gerechnet werden. Auf der Ertragsseite wird bei den Kostenersatzleistungen und -erstattungen mit einem Rückgang gegenüber dem Ansatz von 6.196,5 T€ gerechnet. Es handelt sich um Kostenerstattungen der überörtlichen Träger für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Die überörtlichen Träger behalten sich ein dezidiertes Prüfverfahren vor, bevor Erstattungen an die Jugendämter gezahlt werden. Im ersten Quartal war die Abrechnung der Kosten aus dem Jahr 2015 priorisiert, sodass sich die Kostenerstattung im laufenden Jahr erst im Jahresverlauf regulieren wird. Die Kostenerstattung ist analog zum Transferaufwand zu betrachten. Auch bei den Erträgen aus Transferleistungen wird mit einem Rückgang i. H. von 751,5 T€ kalkuliert. Die Kostenheranziehung der Eltern wurde durch das KJVVG neu geregelt. Damit verbunden sind eine reduzierte Kostenbeitragspflicht und ein erschwertes Verfahren. Dies führt zu einem Rückgang der Transfererträge und somit auch zu weniger Erträgen. Aufgrund der personellen Auslastung durch die Kostenerstattungen im Bereich umA sind die Erträge aus Transferleistungen im ersten Quartal rückständig. Trotz einer schlechteren Prognose im Bezug auf den Ansatz kann im weiteren Jahresverlauf noch mit einer Ergebnisverbesserung gerechnet werden. Im außerordentlichen Bereich sind zudem Mehrerträge i. H. von rd. 2.018,2 T€ entstanden.
- **Hilfe für junge Volljährige (3190):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 193,8 T€. Die Transferaufwendungen verringern sich voraussichtlich um 1.450 T€. Die Kostenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung inklusiver der umA's sind derzeit leicht rückläufig. Zum Berichtsstichtag kann daher zum Jahresende mit einer Ergebnisverbesserung gerechnet werden. Die Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen werden sich allerdings ebenfalls um 1.100 T€ reduzieren. Die Erträge aus Transferleistungen werden sich ebenfalls um 30 T€ reduzieren. Zur Begründung wird auf die Erläuterung bei Produkt 3170 zu diesen Positionen verwiesen. Der Personalaufwand wird sich aufgrund von befristeten Arbeitsverhältnissen durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen sowie aufgrund von Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung um 125,7 T€ erhöhen.
- **Eingliederungshilfe (3200):** Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 247,8 T€. Dies ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen reduzieren sich die Erträge aus Transferleistungen auf Basis des bisherigen Haushaltsvollzugs voraussichtlich um 175 T€. Die Kostenheranziehung wurde durch das KJVVG neu geregelt. Damit verbunden sind eine reduzierte Kostenbeitragspflicht und ein erschwertes Ver-

fahren. Dies führt zu einem Rückgang der Transfererträge und somit auch zu weniger Erträgen. Aufgrund der personellen Auslastung durch die Kostenerstattungen im Bereich umA sind die Erträge aus Transferleistungen im ersten Quartal rückständig. Trotz einer schlechteren Prognose im Bezug auf den Ansatz kann im weiteren Jahresverlauf noch mit einer Ergebnisverbesserung gerechnet werden. Die zweite Ursache für die Ergebnisverschlechterung ist ein Anstieg der Personalaufwendungen um 72,8 T€, der sich im Abschluss von befristeten Arbeitsverhältnissen sowie in Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung begründet.

- **Andere Aufgaben der Jugendhilfe (3210):** Das ordentliche Ergebnis verbessert sich um 16,2 T€. Die Erträge aus Transferleistungen erhöhen sich basierend auf dem bisherigen Haushaltsvollzug voraussichtlich um 160 T€ gegenüber dem Ansatz. Es handelt sich um die Kostenheranziehung der Eltern gemäß KJVVG. Dem stehen allerdings höhere Personalaufwendungen gegenüber. Änderungen hinsichtlich der Produktzuordnung und der Abschluss befristeter Arbeitsverhältnisse bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen sorgen hier für einen Mehraufwand i. H. von 143,8 T€. Ferner wurde die Prognose für die außerordentlichen Erträge an den Buchungsstand angepasst (+ 199,5 T€ gegenüber Ansatz).

Teilhaushalt 04 – Gesundheit und Sport

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	869.100 €	898.100 €	29.000 €	3,3%	98.609 €	11,3%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	2.965.261 €	2.968.461 €	3.200 €	0,1%	811.936 €	27,4%
Verwaltungsergebnis	-2.096.161 €	-2.070.361 €	25.800 €	-1,2%	-713.327 €	34,0%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		-3.044 €	
Ordentliches Ergebnis	-2.096.161 €	-2.070.361 €	25.800 €	-1,2%	-716.371 €	34,2%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	0 €	0 €		-7 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-2.096.161 €	-2.070.361 €	25.800 €	-1,2%	-716.378 €	34,2%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um 25,8 T€ gegenüber den Haushaltsansätzen. Einer Erhöhung der **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** um 29 T€ auf der Ertragsseite steht eine Erhöhung der **Sach- und Dienstleistungen** um 3,2 T€ auf der Aufwandsseite gegenüber.

Beim Produkt *Gesundheitshilfen und Prävention* wird eine Ergebnisverbesserung i. H. von 27,2 T€ im ordentlichen Ergebnis erwartet. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erhöhen sich um 29 T€. Die Mehrerträge ergeben sich aufgrund einer Änderung der Gebührenordnung, gebührenintensiver und erhöhter Anzahl von Aufträgen im amtsärztlichen Dienst und einer durchgeführten Heilpraktiker-Prüfung im ersten Halbjahr. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entsteht ein Mehraufwand i. H. von 1,8 T€ für Material und Laborkosten aufgrund einer höheren Anzahl an Untersuchungen.

Beim Produkt *Gesundheitsschutz* wird mit einer Ergebnisverschlechterung i. H. von 1,4 T€ im ordentlichen Ergebnis kalkuliert. Der Mehraufwand entsteht im Bereich der Sach- und Dienstleistungen und resultiert aus einem Kostenanstieg aufgrund von außerplanmäßig zu beschaffender persönlicher Schutzausrüstung (PSA) für die Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitsamtes. Der Mehrbedarf wird innerhalb des Budgets (siehe Mehrertrag bei 4011) gedeckt.

Für das Produkt *Sportförderung* werden keine Änderungen gegenüber den Haushaltsansätzen erwartet.

Teilhaushalt 05 – Gestaltung der Umwelt

Beschreibung	Ansatz Haushalt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	5.606.100 €	5.616.945 €	10.845 €	0,2%	1.867.403 €	33,3%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	15.885.217 €	15.836.317 €	-48.900 €	-0,3%	4.261.756 €	26,8%
Verwaltungsergebnis	-10.279.117 €	-10.219.372 €	59.745 €	-0,6%	-2.394.353 €	23,3%
Finanzergebnis	0 €	0 €	0 €		0 €	
Ordentliches Ergebnis	-10.279.117 €	-10.219.372 €	59.745 €	-0,6%	-2.394.353 €	23,3%
Außerordentliches Ergebnis	-557.000 €	-595.906 €	-38.906 €		-49.553 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	-10.836.117 €	-10.815.278 €	20.839 €	-0,2%	-2.443.907 €	22,6%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 59,7 T€ gegenüber den Planansätzen. Die ordentlichen Erträge erhöhen sich voraussichtlich um rd. 10,8 T€, die ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um 48,9 T€.

Die **Personalaufwendungen** verringern sich um 57,9 T€. Dies ist auf eine Änderung der Produktzuordnung zurückzuführen. Aufgrund von personellen Veränderungen innerhalb der Verwaltung wurde Personalaufwand vom Produkt *Wirtschaftsförderung, Tourismus* (5170) dem Produkt *Zentrales Controlling* (1100) im Teilhaushalt 01 zugeordnet.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** beim Produkt 5170 erhöhen sich 9 T€. Es handelt sich um die Beiträge der Kommunen für die Wirtschaftsförderung, die höher ausgefallen sind als veranschlagt. Die **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse** erhöhen sich analog in gleicher Höhe, da es sich um einen durchlaufenden Posten handelt.

Ferner erhöhen sich die **Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** um rd. 1,8 T€ ohne Ansatz. Es handelt sich um die Produkte *Denkmalschutz* mit rd. 0,7 T€ und *Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten* mit rd. 1,1 T€.

Beim Produkt *Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung* sind außerordentliche Erträge i. H. von rd. 1,8 T€ (periodenfremde Erträge aus Baugenehmigungen) und außerordentliche Aufwendungen i. H. von rd. 40,4 T€ (periodenfremde Erstattung der Vergütung für einen Prüfingenieur) entstanden.

Teilhaushalt 06 – Zentrale Finanzleistungen

Beschreibung	Ansatz Haus- halt 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung absolut	Veränderung prozentual	Ergebnis zum 30.04.2016	Prozentuale Ausschöpfung des Ansatzes
Summe der ordentlichen Erträge	175.337.000 €	175.421.558 €	84.558 €	0,0%	58.274.977 €	33,2%
Summe der ordentlichen Aufwendungen	50.010.000 €	49.200.486 €	-809.514 €	-1,6%	16.399.834 €	32,8%
Verwaltungsergebnis	125.327.000 €	126.221.072 €	894.072 €	0,7%	41.875.142 €	33,4%
Finanzergebnis	-6.337.000 €	-6.235.734 €	101.266 €	-1,6%	-496.353 €	7,8%
Ordentliches Ergebnis	118.990.000 €	119.985.338 €	995.338 €	0,8%	41.378.789 €	34,8%
Außerordentliches Ergebnis	0 €	1.591 €	1.591 €		1.591 €	
Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen	118.990.000 €	119.986.929 €	996.929 €	0,8%	41.380.380 €	34,8%

Das **ordentliche Ergebnis** verbessert sich um rd. 996,9 T€ gegenüber der Veranschlagung. Diese Verbesserung ist mit rd. 809,5 T€ primär auf die geringeren **Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagen** (LWV-Umlage) zurückzuführen. Des Weiteren erhöhen sich die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse** (Landkreisschlüsselzuweisungen) um rd. 84,6 T€. Die Schlüsselzuweisung umfasst eine außerordentliche Zuweisung i. R. des KFA 2016 i. H. von 830,2 T€. Ein Anteil i. H. v. 750 T€ wurde als Investitionszuweisung ausgewiesen. Das **Verwaltungsergebnis** verbessert sich somit um rd. 894,1 T€.

Das **Finanzergebnis** verbessert sich um rd. 101,3 T€. Die **Finanzerträge** reduzieren sich um rd. 829,7 T€. Bei den Bankzinsen aus Derivatgeschäften sind wegen der niedrigen Geldmarktzinsen Mindererträge zu erwarten (insbesondere bei Payer-Swaps zur Zinssicherung von Kassenkrediten auf EONIA-Basis). Die **Finanzaufwendungen** reduzieren sich ebenfalls, und zwar um 931 T€. Die *Zinsaufwendungen für Investitionskredite* reduzieren sich um rd. 200 T€, da die Kredite aus der Kreditermächtigung 2014 zum Teil nicht in Anspruch genommen wurden (1,7 Mio. €). Aufgrund des günstigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt reduzieren sich nicht nur die Zinsen für Investitionskredite, sondern auch die *Zinsleistungen für die i. R. des Kommunalen Schutzschirms abgelösten Kredite* um 31 T€ und für *Kassenkredite* um 700 T€. Bei den Zinsaufwendungen wurden Rückstellungen für Zinsrisiken aus dem Kommunalen Schutzschirm i. H. v. rd. 3,3 Mio. € berücksichtigt.

Gesamtfinanzhaushalt

Nr.	Beschreibung	Haushalt Ansatz 2016	Prognose zum 31.12.2016	Veränderung
1	Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	7.954.615 €	11.936.868 €	3.982.253 €
2	Zahlungsunwirksame Vorgänge	1.544.091 €	3.544.091 €	2.000.000 €
3	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.498.706 €	15.480.959 €	5.982.253 €
4	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	1.120.000 €	1.120.000 €	0 €
5	Einzahlungen aus Abgängen v. Vermögensgegenstände d. Sachanlagevermögens u. immateriellen AV	0 €	0 €	0 €
6	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immateriellen AV	-10.472.360 €	-10.472.360 €	0 €
7	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	42.400 €	42.400 €	0 €
8	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-175.000 €	-175.000 €	0 €
9	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-9.484.960 €	-9.484.960 €	0 €
10	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen	213.484.960 €	207.484.960 €	-6.000.000 €
11	Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten und Anleihen	-213.692.200 €	-213.426.200 €	266.000 €
12	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	-207.240 €	-5.941.240 €	-5.734.000 €
13	Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbedarf des Haushaltsjahres (Pos. 3, 9 und 12)	-193.494 €	54.759 €	248.253 €

Zu Nr. 1: Es wird davon ausgegangen, dass die im Ergebnishaushalt prognostizierten Erträge nicht in vollem Umfang als Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit im Finanzhaushalt realisiert werden können und dass hier neue Forderungen des Kreises entstehen. Daher wurde das im Ergebnishaushalt prognostizierte Jahresergebnis im Finanzhaushalt um 8.000 T€ vermindert.

Zu Nr. 6: Im Produkt *Gesundheitsschutz* kommt es zu einer abweichenden Entwicklung bei den Investitionen (SK 0860010) im Finanzhaushalt: hier war kein Ansatz geplant und es musste ein neuer Tresor beschafft werden. Die endgültige Abrechnung ist noch nicht erfolgt, bisher wurde nur ein Teil angewiesen. Es werden hierfür ca. 2.000 € insgesamt prognostiziert. Die Deckung erfolgt aus Einsparungen bei SK 0801010.

Zu Nr. 10: Die Kreditaufnahme setzt sich zusammen aus

- 198.000.000 € Kreditaufnahme für Kassenkredite (- 6.000.000 €) und
- 9.484.960 € Kreditaufnahme für Investitionskredite.

Seit 2010 wird im Rahmen der Finanz- und Controllingberichte über die aufgenommenen Investitions- und Kassenkredite sowie über die abgeschlossenen Derivativen Finanzierungsinstrumente berichtet. Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements wurden in der Zeit vom 01.01. – 30.04.2016 folgende Geschäfte abgeschlossen:

- Aufnahme des Kassenkredits KK280116 in Höhe von 5,0 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,250 % für 3 Jahre
- Aufnahme des Kassenkredits KK240316 in Höhe von 40,0 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,255 % für 5 Jahre
- Aufnahme des Kassenkredits KK250416 in Höhe von 10,0 Mio. € mit einem Zinssatz von 0,130 % für 3 Jahre

Zu Nr. 11: Die Tilgung von Krediten setzt sich zusammen aus

- 210.000.000 € Tilgung für Kassenkredite und
- 3.426.200 € Tilgung für Investitionskredite (- 266.000 €).

Beim Produkt *Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft* verringern sich die Auszahlungen für die Tilgung von Investitionskrediten (Kreditmarkt) um rd. 266 T€, da ein Teilbetrag der Kreditermächtigung 2014 von rd. 1,7 Mio. € nicht in Anspruch genommen wurde und die weiteren Kredite später als erwartet aufgenommen werden. Die Tilgung bei Produkt 2085 bleibt unverändert.

Im Jahr 2016 wurden keine Kreisdarlehen mehr durch den Kommunalen Schutzschirm abgelöst. Die letzte Ablösung erfolgte am 30.12.2015.

Der **Kassenkreditbestand** verringert sich somit zum Jahresende voraussichtlich von rd. 233,9 Mio. € (Stand zum 31.12.2015) um rd. 12 Mio. € auf rd. 221,9 Mio. €. Zum 30.04.2015 betrug der Stand der Kassenkredite 226.950.000 €.

Kommunaler Schutzschirm

Die voraussichtlichen Abweichungen vom Konsolidierungspfad (Anlage 1 zum Konsolidierungsvertrag mit dem Land Hessen) wirken sich auf Produktbereichsebene im Haushaltsvollzug des Jahres Haushaltsjahres 2016 voraussichtlich wie folgt auf das Ordentliche Ergebnis aus:

Produktbereich	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis je Einwohner	Vorgabe Schutzschirm: Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis absolut in T€	Prognose Ergebnis je Einwohner	Differenz absolut in T€	Differenz je Einwohner
01 Innere Verwaltung	- 43,53 €	- 11.433,2	- 13.786,3	- 52,49 €	- 2.353,1	- 8,96 €
02 Sicherheit und Ordnung	- 10,48 €	- 2.752,6	- 3.316,1	- 12,63 €	- 563,5	- 2,15 €
03 Schulträgeraufgaben	18,02 €	4.733,0	428,5	1,63 €	- 4.304,5	- 16,39 €
04 Kultur und Wissenschaft	- 1,52 €	- 399,2	- 446,8	- 1,70 €	- 47,6	- 0,18 €
05 Soziale Leistungen	- 175,34 €	- 46.053,1	- 48.477,3	- 184,57 €	- 2.424,2	- 9,23 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	- 126,43 €	- 33.206,8	- 28.713,1	- 109,32 €	4.493,7	17,11 €
07 Gesundheitsdienst	- 8,31 €	- 2.182,6	- 1.911,3	- 7,28 €	271,3	1,03 €
08 Sportförderung	- 0,67 €	- 176,0	- 159,1	- 0,61 €	16,9	0,06 €
09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	- 2,49 €	- 654,0	- 933,5	- 3,55 €	- 279,5	- 1,06 €
10 Bauen und Wohnen	- 1,39 €	- 365,1	- 533,5	- 2,03 €	- 168,4	- 0,64 €
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	- 13,77 €	- 3.616,7	- 6.536,8	- 24,89 €	- 2.920,1	- 11,12 €
13 Natur- und Landschaftspflege	- 2,76 €	- 724,9	- 481,4	- 1,83 €	243,5	0,93 €
14 Umweltschutz	- 1,09 €	- 286,3	- 575,2	- 2,19 €	- 288,9	- 1,10 €
15 Wirtschaft und Tourismus	- 3,40 €	- 893,0	- 1.159,1	- 4,41 €	- 266,1	- 1,01 €
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	318,93 €	83.767,0	119.985,3	456,83 €	36.218,3	137,90 €
Summe ordentliches Ergebnis	- 54,23 €	- 14.243,5	13.384,1	50,96 €	27.627,8	105,19 €

Controllingbericht I/2016

Zu 25 der 68 Produkte im Haushaltsplan 2016 wurden 45 Ziele mit 50 Kennzahlen (i.d.R. Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung) definiert. Im Nachfolgenden sind diese Produkte, Ziele und Kennzahlen mit ihren derzeitigen und prognostizierten Zielerreichungsgraden wie folgt dargestellt:

Ist = Wert zum Abfragezeitpunkt 30. April 2016

Prognose = gemäß Einschätzung der Produktverantwortlichen zum 31.12.2016 voraussichtlich erreichter Zielerreichungsgrad

Monitor = Einschätzung des Abweichungsgrades sowie des Steuerungsbedarfs:

- Monitor "weiß": Verbesserung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich erreicht oder übererfüllt; Steuerungsmaßnahmen sind nicht erforderlich (bei 38 Kennzahlen = 76 %)

- Monitor "grau": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch nicht möglich oder bereits durch die Produktverantwortlichen ergriffen (bei 11 Kennzahlen = 22 %)

- Monitor "schwarz": Verschlechterung gegenüber dem Planwert; Ziel wird voraussichtlich nicht erreicht; Steuerungsmaßnahmen sind jedoch noch möglich, ggfs. auch durch die Kreisgremien (bei 1 Kennzahl = 2 %).

Zum Zweck der Vergleichbarkeit und Orientierung enthält der Controllingbericht jeweils die Daten aus den Jahresabschlüssen 2009 - 2015 incl. jeweiliger Abweichung Plan/Ist (in Kursivdruck), soweit die Ziele bzw. Kennzahlen im jeweiligen Haushaltsjahr bereits bestanden. Sofern Kennzahlen in %-Werten (Verhältniskennzahlen) angegeben sind, erfolgt zudem eine gesonderte Darstellung der absoluten Zahlen (Zähler / Nenner), beschränkt jedoch auf die Daten des aktuellen Controllingberichts.

Produkt:	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
----------	-----	------	-----	-------------	---

1030 Bürgerservice und Ehrenerweise

1 Die Kunden im Bürgerbüro sind mit den Öffnungszeiten, dem Leistungsangebot und dem Service insgesamt zufrieden und erteilen im Durchschnitt die Note "gut" (schriftliche Umfrage, Fragebogen)

a Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Durchschnittswert aus 117 Fragebögen.

Hinweis: Das Bürgerbüro ist zum 01.11.2015 in den Zuständigkeitsbereich der Abteilung "Bürgerservice, Kommunikation, Vereine und Kultur" gewechselt (Kennzahlen zum Bürgerbüro waren vormals bei Produkt 1081 - Zentrale Dienste und Fuhrpark - ausgewiesen).

I/2016	2	1,26	1,5	
JA 2015	2	1,18	-41 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,27	-37 %	
JA 2011	2	1,33	-34 %	

b Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit den Leistungsangeboten im Bürgerbüro

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

I/2016	2	1,21	1,5	
JA 2015	2	1,15	-43 %	
JA 2014	2	1,20	-40 %	
JA 2013	2	1,24	-38 %	
JA 2012	2	1,26	-37 %	
JA 2011	2	1,27	-37 %	

Produkt:

- c Notendurchschnitt der Fragebögen (gut = 2) in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Service insgesamt
 Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1a

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	2	1,14	1,5	
JA 2015	2	1,13	-44 %	
JA 2014	2	1,21	-40 %	
JA 2013	2	1,21	-40 %	
JA 2012	2	1,18	-41 %	
JA 2011	2	1,18	-41 %	

1051 Personalmanagement und -entwicklung**1 Deckelung der Personalaufwendungen**

Festschreibung der Höhe der Personalaufwendungen (in Mio. €)

Gründe der Abweichung: Bei den Personalaufwendungen wird zum Stand 30.04.2016 gegenüber der Veranschlagung 2016 insgesamt ein Mehrbedarf i. H. v. rd. +103,3 T€ prognostiziert. Dieser prognostizierte Mehrbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz setzt sich wie folgt zusammen:

Mehraufwendungen resultieren im Bereich der Abteilung Soziales, des Jugendamtes und des Ausländer- und Migrationsamtes, bedingt durch den Anstieg der Asylbewerberzahlen, in Höhe von rd. +365.000 € sowie aus einem voraussichtlich erhöhten Aufwand für Auszubildende in Höhe von rd. +91,6 T€. Ferner sind Mehraufwendungen in Höhe von rd. +1,0 T€ aus einer Erhöhung der Beiträge zur Unfallversicherung zu verzeichnen.

Einsparungen in Höhe von rd. -50,0 T€ werden aufgrund nicht steuerbarer Beihilfen und Unterstützungsleistungen an aktive Beamte und Arbeitnehmer prognostiziert. Ferner hatten Erkrankungen ohne Lohnfortzahlungen bis zum Stichtag 30.04.2016 gegenüber der Veranschlagung zum Haushalt 2016 Minderausgaben in Höhe von rd. -140,0 T€ zur Folge. Zusätzlich können nach dem derzeitigen Stand - bedingt durch Personalbewirtschaftungsmaßnahmen – gegenüber der Veranschlagung bis zum Jahresende voraussichtlich Einsparungen in Höhe von rd. -164,3 T€ erzielt werden. Diese Personalbewirtschaftungsmaßnahmen beinhalten insbesondere: verzögerte Wiederbesetzung vakanter Stellen (Stellenanteile) sowie interne Besetzung von Stellen (hierdurch Reduzierung von Personalkosten).

I/2016	36,6367	11,0925	36,74	
JA 2015	33,3757	32,8918	-1,5 %	
JA 2014	36,0511	34,7378	-3,6 %	
JA 2013	33,9179	32,9709	-3 %	
JA 2012	32,4707	32,3247	-0,5 %	
JA 2011	31,4555	32,5287	3 %	
JA 2010	31,143	32,5655	5 %	
JA 2009	30,6	30,9	1 %	

Produkt:

2

Personalaufwandsquote = Personalaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen
 Kennzahl (absolut): Personalaufwendungen in Mio. €/Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €
 Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1. Zudem in der Prognose gesunkene Summe der ordentlichen Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	8,72 %	sh. Erl.	9,21 %	
JA 2015	9,96 %	9,65 %	-3 %	
JA 2014	10,76 %	10,70 %	-0,6 %	
JA 2013	10,45 %	10,6 %	1 %	
JA 2012	10,09 %	10,21 %	1 %	
JA 2011	9,93 %	10,47 %	5 %	
JA 2010	10,02 %	10,77 %	7 %	
JA 2009	10,17 %	10,48 %	3 %	
I/2016	36,6367 / 420,2454	sh. Erl.	36,74 / 398,7381	

1121 Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern**1 Mind. 50 % Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung**

Anteil Frauen in Leitung (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es kann hier zu Abweichungen der absoluten Zahlen kommen, da es immer auf die zum Stichtag tatsächlich besetzten Stellen ankommt.

I/2016	min. 50 %	54 %	56 %	
JA 2015	min. 50 %	57 %	14 %	
JA 2014	min. 50 %	58 %	16 %	
I/2016	min. 23 / 45	21 / 39	22 / 39	

2 6 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Teilzeit in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Bisherige Führungskräfte haben auf Vollzeit aufgestockt.

I/2016	6	4	4	
JA 2015	8	5	-38 %	
JA 2014	8	4	-50 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: In den Stellenausschreibungen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Stelle grundsätzlich teilbar ist.

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

3 2 Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Anzahl der Führungspositionen (Abteilungsleitung oder Stellvertretung) in Jobsharing in der Kreisverwaltung

Gründe der Abweichung: Es wurde keine weitere Führungsposition in Jobsharing besetzt.

I/2016	2	1	1	
JA 2015	2	1	-50 %	
JA 2014	2	1	-50 %	

1261 Zulassungs- und Fahrerlaubniswesen**1 Reduzierung der Warte- und Bearbeitungszeiten**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit im Teilbereich "Zulassungen" (in Minuten)
(gemessen ab dem ersten Kontakt bei Eintritt = Empfang Wartemarke bis zum letzten Bearbeitungsschritt = Zahlung an der Kasse)

Gründe der Abweichung: Weniger Urlaube im 1. Quartal und keine Stellenvakanzen, Ausfallzeiten durch Erkrankungen im Normalbereich.

I/2016	max. 30	26,5	30	
JA 2015	max. 30	47	57 %	
JA 2014	max. 30	37	23 %	
JA 2013	max. 30	33	10 %	
JA 2012	max. 30	23	-23 %	
JA 2011	max. 30	35	17 %	
JA 2010	max. 30	32	7 %	

1300 Fleischhygiene**1 Vollständige Schlacht tier- und Fleischuntersuchung**

Anzahl der untersuchten Tiere / Anzahl der geschlachteten Tiere gesamt

I/2016	100 %	100 %	100 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
JA 2011	100 %	100 %	0 %	
JA 2010	100 %	100 %	0 %	
JA 2009	100 %	100 %	0 %	
I/2016	235.000 / 235.000	91.030 / 91.030	235.000 / 235.000	

Produkt:**2 Vollständiger Verbraucherschutz**

Anzahl der zum Verzehr freigegebenen Tiere / Anzahl der untersuchten Tiere gesamt

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	95 %	99,9 %	95 %		
JA 2015	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2014	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2013	95 %	99,9 %	5 %		
JA 2012	96 %	99 %	3 %		
JA 2011	95 %	97 %	2 %		
JA 2010	95 %	95 %	0 %		
I/2016	223.250 / 235.000	91.011 / 91.030	223.250 / 235.000		

1311 Allgemeines Veterinärwesen**1 Tierschutz durch Überwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen**

Anzahl der überprüften Tierhaltungen

I/2016	500	135	500		
JA 2015	700	406	-42 %		
JA 2014	890	331	-63 %		
JA 2013	890	373	-58 %		
JA 2012	935	564	-40 %		
JA 2011	1.000	638	-36 %		

2 Schutz des Verbrauchers durch Überprüfung von Lebensmittelbetrieben

Anzahl der vorgefundenen Verstöße / Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung

I/2016	50 %	57 %	50 %		
JA 2015	50 %	50 %	0 %		
I/2016	800 / 1.600	311 / 546	800 / 1.600		

3 Schutz des Verbrauchers vor Gesundheitsschädigung, Täuschung und Irreführung

Anzahl der eingegangenen Verbraucherbeschwerden im Bereich amtliche Lebensmittelüberwachung gesamt

I/2016	76	14	76		
JA 2015	76	65	-14 %		

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

4 Vorbeugende Tierseuchenbekämpfung, Überprüfung der Einhaltung der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen (national und EU-Recht)

Anzahl der überprüften Betriebe im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung

I/2016	250	114	250	
JA 2015	320	334	4 %	
JA 2014	320	298	-7 %	
JA 2013	320	349	9 %	
JA 2012	315	81	-74 %	
JA 2011	320	293	-8 %	

5 Überprüfung der Einhaltung von Cross-Compliance-Verpflichtungen von Betriebsinhabern

Durchführung aller vorgegebenen Kontrollen, die von der Aufsichtsbehörde gefordert sind

Gründe der Abweichung: Aufgrund einer Fortbildungsmaßnahme wurden bisher keine Betriebe kontrolliert.

I/2016	100 %	0 %	100 %	
JA 2015	100 %	100 %	0 %	
JA 2014	100 %	100 %	0 %	
JA 2013	100 %	100 %	0 %	
JA 2012	100 %	100 %	0 %	
I/2016	45 / 45	0 / 27	45 / 45	

1331 Aufenthalts-, Personenstandsrecht und Ausländerbeauftragte**1 Integration der Migrationsbevölkerung im Kreis Bergstraße**

Anzahl der Personen, die durchgängig an einem Integrationskurs teilgenommen haben / gesamte Integrationskursteilnehmer/-innen (IKT) (betrachtet werden die letzten 10 beendeten Kurse)

I/2016	80 %	86 %	80 %	
JA 2015	80 %	82 %	3 %	
JA 2014	80 %	64 %	-20 %	
JA 2013	80 %	80 %	0 %	
JA 2012	80 %	79 %	-1 %	
JA 2011	80 %	70 %	-13 %	
JA 2010	80 %	71 %	-11 %	
JA 2009	88 %	80 %	-9 %	
I/2016	160 / 200	162 / 188	160 / 200	

1361 Brand- und Katastrophenschutz

1 Brandschutz: Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist

Durchgeführte Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist / durchzuführende Gefahrenverhütungsschauen

Gründe der Abweichung: Zeitaufwendige Beratungen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Mitarbeiter wurden angehalten, die Beratungen auf das Notwendigste zu beschränken und mehr Begehungen zu terminieren.

I/2016	100 %	27 %	70 %	
JA 2015	100 %	46 %	-54 %	
JA 2014	100 %	86 %	-14 %	
JA 2013	100 %	87 %	-13 %	
JA 2012	100 %	92 %	-8 %	
JA 2011	69 %	61 %	-12 %	
JA 2010	69 %	53 %	-23 %	
JA 2009	100 %	59 %	-41 %	
I/2016	200 / 200	53 / 200	140 / 200	

2 Brandschutz: Durchführung mindestens einer Fortbildungsveranstaltung für Feuerwehrführungskräfte nach Dienstgraderlass

Aus- / Fortbildungsstunden je Feuerwehrführungskraft

I/2016	min. 6	8	8	
JA 2015	min. 6	8	0 %	
JA 2014	min. 6	8	33 %	
JA 2013	min. 6	8	33 %	
JA 2012	min. 6	8	33 %	
JA 2011	min. 6	8	33 %	
JA 2010	min. 6	8	33 %	
JA 2009	min. 6	7	17 %	

3 Katastrophenschutz: Erhöhung der Anzahl der Stabsmitglieder

Anzahl der Stabsmitglieder am 31.12.

Gründe der Abweichung: Ausscheiden von Kolleginnen und Kollegen.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Rekrutierung wird in 2016 neu aufgenommen.

I/2016	100	70	70	
JA 2015	100	70	-30%	
JA 2014	100	89	-11 %	
JA 2013	100	92	-8 %	
JA 2012	100	94	-6 %	
JA 2011	100	95	-5 %	
JA 2010	95	91	-4 %	
JA 2009	92	86	-7 %	

Produkt:**4 Katastrophenschutz: Weiterführung der Ausbildung der Stabsmitglieder**

Thematische Ausbildungsveranstaltungen für die Stabsmitglieder

Gründe der Abweichung: Abordnung eines Sachbearbeiters zum Rettungsdienst. Zudem ist das Sachgebiet seit Oktober 2015 mit der Unterbringung von Flüchtlingen beschäftigt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine Ausbildungsveranstaltungen ist für Juni terminiert; mit der Ausbildung der Stabsmitglieder wird nach den Sommerferien begonnen.

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	min. 4	0	4	
JA 2015	min. 4	2	-50 %	
JA 2014	min. 4	5	25 %	
JA 2013	min. 4	5	25 %	
JA 2012	min. 4	5	25 %	
JA 2011	min. 4	6	50 %	
JA 2009	-	6	-	

2080 Schülerbeförderung**1 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Auslastung / Sitzplätze**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

I/2016	max. 2	0,48	1,45	
JA 2015	max. 2	1,12	-44 %	
JA 2014	max. 2	0,32	-84 %	
JA 2013	max. 2	0,44	-78 %	
JA 2012	max. 2	0,42	-79 %	
JA 2011	max. 2	0,52	-74 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2016	max. 13 / 6.225	3 / 6.225	9 / 6.225	

2 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf Wartezeit / Verspätung

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

Gründe der Abweichung: Die Beschwerden verteilen sich auf 9 Linien (2015: 11 Linien; rd. 93.000 Fahrplanfahrten p. a.). Aufgrund der Verkehrsverhältnisse und insbesondere des starken Verkehrsaufkommen im morgendlichen Berufsverkehr wird es immer schwieriger, die Fahrzeitprofile einzuhalten.

I/2016	max. 2	1,61	4,82	
JA 2015	max. 2	5,12	-156 %	
JA 2014	max. 2	1,59	-21 %	
JA 2013	max. 2	2,66	33 %	
JA 2012	max. 2	2,23	12 %	
JA 2011	max. 2	3,90	95 %	
JA 2010	ohne	2	-	
I/2016	max. 13 / 6.225	10 / 6.225	30 / 6.225	

Produkt:**3 Hohe Zufriedenheit in der Schülerbeförderung in Bezug auf die Busqualität**

Anzahl der Beschwerden je 1.000 Schülerzeitkarten

	HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	max. 2	0,16	0,48		
JA 2015	max. 2	0,32	-84 %		
JA 2014	max. 2	0,48	-76 %		
JA 2013	max. 2	0,15	-93 %		
JA 2012	max. 2	0,56	-72 %		
JA 2011	max. 2	0,26	-87 %		
JA 2010	ohne	1	-		
I/2016	max. 13 / 6.225	1 / 6.225	3 / 6.225		

2100 Kreisvolkshochschule**1 Niedrige Ausfallquote**

Anzahl Ausfälle Kurse / Anzahl angebotene geplante Kurse (jeweils ohne Berücksichtigung des Fachbereichs 1 - Gesellschaft)

I/2016	max 25 %	18 %	18 %		
JA 2015	max 25 %	16 %	-36 %		
JA 2014	max 25 %	21 %	-16 %		
JA 2013	max 25 %	20 %	-20 %		
JA 2012	max 25 %	17 %	-32 %		
JA 2011	max 25 %	17 %	-32 %		
JA 2010	max 25 %	17 %	-32 %		
JA 2009	max 25 %	15 %	-40 %		
I/2016	max. 232 / 925	84 / 459	167 / 925		

Produkt:**2**

Deckungsbeitrag Stufe 1 (Zielwert: 1,4)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Dozentenonorare (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Diese Deutschkurse sind nur mit einem kleinen Aufschlag für den Verwaltungsaufwand der KVHS berechnet. Das Verhältnis Teilnehmergebühr zu Dozentenonorar beläuft sich hier nur auf 1,2. Außerdem gingen im Frühjahrssemester die Anmeldezahlen in den regulären Volkshochschulkursen zurück, so dass insgesamt von einer reduzierten Kursauslastung auszugehen ist.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Der demographische Wandel der Gesellschaft schlägt sich auf die Anmeldezahlen der KVHS nieder.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt, wie stark die Teilnehmergebühren nach Abzug der Dozentenonorare zur Deckung der weiteren Kosten beitragen (Quotient aus Gebühreneinnahmen und Honorarausgaben).

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

I/2016	1,5	3,6	1,4	
JA 2015	1,5	1,5	0 %	
JA 2014	1,4	1,4	0 %	
JA 2013	1,4	1,4	0 %	
JA 2012	1,4	1,4	0 %	
JA 2011	1,3	1,4	8 %	
JA 2009	-	1,3	-	
I/2016	516.000 / 352.800	228.900 / 63.919	670.300 / 495.200	

3

Kostendeckung (Zielwert: 51:49)

Kennzahl (absolut): Teilnehmergebühren / Zuschüsse und Kostenersätze (je in €)

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Die Erträge aus den Deutschkursen senken den Kreiszuschuss.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein: Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen Gebühreneinnahmen und Einnahmen aus Zuschüssen.

I/2016	52:48	sh. Erl.	58:42	
JA 2015	53:47	56:44	6 %	
JA 2014	52:48	48:52	-8 %	
JA 2013	51:49	52:48	2 %	
JA 2012	52:48	54:46	4 %	
JA 2011	51:49	52:48	2 %	
JA 2009	-	54:46	-	
I/2016	516.000 / 480.400	sh. Erl.	670.300 / 476.050	

Produkt:

4

Zuschuss in € pro Unterrichtseinheit (UE) (Zielwert maximal 32 €)

Kennzahl (absolut): Kreis- und Landeszuschuss in € / UE

Gründe der Abweichung: Zum Zeitpunkt der Kennzahlenberechnung war noch nicht abzusehen, dass die KVHS in großem Umfang mit der Organisation von Deutschkursen für Flüchtlinge beauftragt würde. Durch die höheren Erträge aus den Deutschkursen sinkt der Kreiszuschuss. Gleichzeitig steigt die Zahl der Unterrichtseinheiten.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung der Kennzahl ist nicht sinnvoll, da sowohl der Kreiszuschuss als auch der Landeszuschuss erst zu einem späteren Zeitpunkt überwiesen werden.

Erläuterung Kennzahl allgemein:

Die Kennzahl beschreibt das absolute Niveau der Refinanzierung durch Zuschüsse für die Durchführung einer Unterrichtseinheit (Quotient aus Kreis-/Landeszuschuss und Unterrichtseinheiten).

HHJ	Plan	Ist	Prog./ Abw.	M
I/2016	32	sh. Erl.	29	
JA 2015	30	27	10 %	
JA 2014	32	37	16 %	
JA 2013	32	32	0 %	
JA 2012	30	28	-7 %	
JA 2011	28	30	7 %	
JA 2009	-	26	-	
I/2016	480.400 / 15.000	sh. Erl.	476.050 / 16.400	

3120 Unterhaltsvorschussleistungen**1 Die Rückholquote aller Forderungsfälle beträgt 20 %**

Summe der Einnahmen nach § 7 UVG x 100 / Summe der Ausgaben ./. Einnahmen nach § 5 UVG

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine exakte Voraussage ist nicht möglich, da die Einnahmen im Bereich UVG starken Schwankungen unterliegen. Hochrechnungen des derzeitigen Ergebnisses sind nicht zielführend. Durch die organisatorischen Veränderungen wird mit einer Rückholquote von 20 % gerechnet.

I/2016	20 %	23 %	20 %	
JA 2015	20 %	16,1%	-19 %	
JA 2014	20 %	13,2 %	-34 %	
JA 2013	20 %	12 %	-40 %	
JA 2012	20 %	14,6 %	-27 %	
JA 2011	20 %	12,8 %	-36 %	
JA 2010	15 %	12,6 %	-15 %	
JA 2009	20 %	16,9 %	-16 %	
I/2016	-	136.730 / 594.238	-	

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

2 Aufgrund der abgeschlossenen Umorganisation des Bereichs UVG ist die Fallbearbeitung bei Neuansträgen auf dem aktuellen Stand (Vermeidung von Rückständen)

Neuanträge / Fälle in Bearbeitung

Gründe der Abweichung: Aufgrund von zwei langzeiterkrankten Beschäftigten kann eine 100%ige Sachbearbeitung nicht gewährleistet werden.

I/2016	100 %	76 %	100 %	
JA 2015	100 %	93,5%	-6,5 %	
I/2016	-	1.346 / 1.766	-	

3 Bei einer Besetzung von drei befristeten Stellen für die Bearbeitung der Altfälle sind bis Jahresende 50 % der noch nicht abgeschlossenen Altfälle in Bearbeitung und 40 % der Altfälle abgeschlossen bzw. abschließend geklärt**a Fälle in Bearbeitung / noch nicht abgeschlossene Altfälle**

Gründe der Abweichung: Derzeit stehen von den geplanten 3 Vollzeitstellen für die Altfallbearbeitung nur eine 90%-Stelle zur Verfügung. Die beiden anderen Stellen sind nicht besetzt. Der Vertrag für die 90%-Stelle wurde bis 01.09.2018 verlängert.

Die Quote berechnet sich aus der Zahl der noch zu bearbeitenden Altfälle (1.481 zum Stichtag 30.04.2016) und nicht aus dem Altbestand insgesamt.

I/2016	50 %	46 %	50 %	
JA 2015	50 %	26 %	-48 %	
I/2016	852 / 1.704	687 / 1.481	741 / 1.481	

b Abgeschlossene Fälle / AltfälleGründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 3a.
Die Quote berechnet sich aus der Gesamtzahl der Altfälle.

I/2016	40 %	14 %	25 %	
JA 2015	20 %	11 %	-45 %	
I/2016	854 / 2.131	305 / 2.131	532 / 2.131	

3140 Förderung von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und in Tagespflege**1 Bis zur Sitzungsrunde der Kreisgremien nach der Sommerpause ist in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziales ein Konzept zur Unterbringung sowohl seelisch als auch geistig und körperlich behinderter Kinder in Tagespflege erstellt**

Vorliegendes Konzept

Gründe der Abweichung: Das Konzept befindet sich noch in der Entwurfsphase.

I/2016	1	0	1	
JA 2015	1	0	-100 %	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Zu berücksichtigen ist die geplante Reform des SGB VIII. Hier ist eine Zusammenführung von SGB VIII und SGB XII, was Kinder und Jugendliche mit seelischer, geistiger und körperlicher Behinderung angeht, vorgesehen. Die Umsetzung der Reform ist für 2017 seitens des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgesehen. In diesem Fall müsste das geplante Konzept in ein Konzept für die Übergabegelungen zwischen Jugend- und Sozialamt umgewandelt werden.

3151 Prävention, Förder-, Unterstützungs- und erzieherische Beratungsleistungen**1 Umsetzung des Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Umsteuerung der Sozialen Arbeit an Schulen im Kreis Bergstraße "Von der Einzelfallhilfe zur systemischen Förderung"**

Teilnehmende Grund- und Förderschulen

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Bis dato liegen keine neuen Anträge vor. Das Rahmenkonzept wird derzeit von der Amtsleitung geprüft. Konzeptionelle Änderungen sind möglich.

I/2016	81 %	81 %	n.n.	
JA 2015	67 %	81 %	21 %	
I/2016	39 / 48	39 / 48	n.n.	

2 Bis zum 31.12.2016 wurde der "Familienrat" in mindestens 5 Familien durchgeführt

Anzahl der Familien mit durchgeführtem "Familienrat"

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Derzeit liegen keine Anträge auf Hilfe zur Erziehung von Familien vor, für die die Hilfe "Familienrat" in Frage käme. Bei den derzeit laufenden Fälle wurden 3 Fälle bereits in 2015 und 1 Fall in 2016 begonnen.

I/2016	5	4	5	
JA 2015	5	4	-20 %	

3170 Hilfe zur Erziehung**1 Nach Übernahme der Umsteuerung in den Regelbetrieb des Jugendamtes wird der Pflegekinderdienst weiterhin einen Schwerpunkt auf die Akquise von neuen Pflegestellen legen.**

Anzahl neu gewonnener Pflegestellen

I/2016	5	1	5	
JA 2015	5	9	80 %	
JA 2014	5	10	100 %	

2 Steigerung der Anzahl der in Pflegestellen untergebrachten Kinder um 1 % auf Basis der Quote vom 20.04.2014 (= 52 % Vollzeitpflege, 48 % Heimerziehung)

Quote Vollzeitpflege

Gründe der Abweichung: Die Zahlen sind differenziert zu betrachten: Von den 289 Kindern und Jugendlichen in Heimerziehung sind 167 unbegleitete minderjährige Ausländer. Würde man die Quote um diese Zahl bereinigen, wäre das Verhältnis 121 Vollzeitpflegen zu 122 Heimerziehung (Quote= 50 % / 50 %).

I/2016	54 %	30 %	n.n.	
JA 2015	53 %	36 %	-32 %	
I/2016	-	121 / 289	n.n.	

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die Beibehaltung / Verbesserung des Verhältnisses 52:48 lässt sich auch bei einer konsequenten Fallsteuerung nicht prognostizieren.

3200 Eingliederungshilfe

1 Im Jahr 2016 wird mindestens ein neuer Anbieter für Autismustherapie akquiriert

Anzahl der neu akquirierten Anbieter für Autismustherapie

I/2016	min. 1	0	min. 1	
--------	--------	---	--------	--

Gründe der Abweichung: Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

3210 Andere Aufgaben der Jugendhilfe

1 Im Jahr 2016 wird die Zahl der Bereitschaftspflegestellen auf einem Niveau von 10 gehalten

Anzahl der Bereitschaftspflegestellen

I/2016	10	10	10	
JA 2015	10	10	0 %	

5030 Bauleitplanung

1 Optimierung der Planungsprozesse: Einsatz moderner Medien (z. B. Austausch von Fachdaten und geographischen Daten)

Fristgerecht abgegebene Stellungnahmen

I/2016	80 %	88 %	80 %	
JA 2015	80 %	77 %	-4 %	
JA 2014	80 %	76 %	-5 %	
JA 2013	85 %	78 %	-8 %	
JA 2012	85 %	71 %	-16 %	
JA 2011	85 %	84 %	-1 %	
JA 2010	85 %	91 %	7 %	
I/2016	80 / 100	35 / 40	80 / 100	

5040 Geoinformationssystem (GIS)

1 Dienstleistungen Bürger-GIS im Internet sowie GeoOffice Intranet-GIS für Mitarbeiter/-innen: Ständige Updates und Aktualisierung, Erweiterung des Angebotes durch neue Projekte und aktuelle graphische Informationen zum Kreis Bergstraße, Schulung und Fortbildung der Mitarbeiter, hohe online-Verfügbarkeit, Ausfallzeiten minimieren durch Projektmanagement

a Anzahl Projekt- und Kartenabrufe sowie Downloads Bürger-GIS und Intranet-GIS

Gründe der Abweichung: Durch gleichbleibende Angebote im Bürger-GIS sowie unveränderte Fachthemen / Projekte konnte die Anzahl der Zugriffe und Downloads auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Die Zuständigkeit für das Produkt 5040 - Geoinformationssystem (GIS) - ist seit dem 01.11.2015 an die Abteilung "Moderne Verwaltung, E-Government und IT" übergegangen.

I/2016	800.000	228.061	800.000	
JA 2015	800.000	735.045	-8 %	
JA 2014	800.000	2.052.983	157 %	
JA 2013	750.000	734.184	-2 %	
JA 2012	300.000	810.656	170 %	
JA 2011	88.000	727.852	727 %	
JA 2010	80.000	86.275	8 %	
JA 2009	75.000	76.412	2 %	

b Online-Verfügbarkeit Bürger-GIS an 365 Tagen (8.760 Stunden) sowie Intranet-GIS an 235 Arbeitstagen (2.350 Stunden)
Kennzahl (absolut): Stunden Online-Verfügbarkeit Plan / Soll

I/2016	98 %	99 %	98 %	
JA 2015	98 %	99 %	1 %	
JA 2014	98 %	98 %	0 %	
JA 2013	98 %	98 %	0 %	
JA 2012	98 %	98 %	0 %	
JA 2011	98 %	96 %	-2 %	
JA 2009	98 %	98,5 %	2 %	

I/2016	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	2.168 / 2.190 + 582 / 588	8.585 / 8.760 + 2.303 / 2.350	
--------	--	---------------------------------	--	--

Produkt:

HHJ Plan Ist Prog./ Abw. M

5051 Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung**1 Kurze Bearbeitungsdauer für Genehmigungsverfahren**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Antragseingang bis zur Genehmigung (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Im Bewertungszeitraum waren die personellen Ressourcen aufgrund krankheitsbedingter Ausfälle sowie Inanspruchnahme Elternzeit eingeschränkt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Gegenwärtig wird eine Teilzeitkraft eingearbeitet. Eine Vollzeitstelle im Rahmen der Elternzeitvertretung wurde ausgeschrieben. Die Prognose ist vorbehaltlich dessen, wie zeitnah geeignete Vertreter in die Sachbearbeitung eingesetzt werden können.

I/2016	max. 60	82	75	
JA 2015	max. 60	70	17 %	
JA 2014	max. 60	70	17 %	
JA 2013	max. 60	88	47 %	
JA 2012	max. 60	69	15 %	
JA 2011	max. 60	56	-7 %	
JA 2010	max. 60	46	-23 %	
JA 2009	max. 60	59	-2 %	

5070 Denkmalschutz**1 Erhaltung des Bestandes an erkannten Kulturdenkmälern bzw. wesentlicher Bestandteile von Gesamtanlagen**

Anteil untergegangener Kulturdenkmäler bzw. wesentlicher Teile von Gesamtanlagen

I/2016	max. 1 %	0,04 %	0,29 %	
JA 2015	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2014	max. 1 %	0,08 %	-92 %	
JA 2013	max. 1 %	0,21 %	-79 %	
JA 2012	max. 1 %	0,23 %	-77 %	
JA 2011	max. 1 %	0,14 %	-86 %	
JA 2010	max. 1 %	0,16 %	-84 %	
JA 2009	max. 1 %	0,42 %	-58 %	
I/2016	max. 52 / 5.250	2 / 5.250	15 / 5.250	

5080 Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen**1 Fertigung des Zweitbescheides mit vorangegangener Anhörung zur Durchführung der vorgeschriebenen Schornsteinfegerarbeiten auf der Grundlage des Feuerstättenbescheides von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger**

Durchschnittliche Bearbeitungszeit ab Eingang Mängelbericht bis Fertigung Zweitbescheid (Kalendertage)

Gründe der Abweichung: Optimierung der Arbeitsabläufe mit den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern.

I/2016	max. 50	42	45	
JA 2015	max. 50	42	-16 %	

5090 Verwaltung der Kreisstraßen

1 Erreichen der Zustandsklasse unterhalb des Warnwertes von 3,50 für alle Kreisstraßen (Mittelwert)

Zustandsklasse < 3,50 auf der Gesamtstrecke (112,1 km; Stichtag: 31.12.2016)

Gründe der Abweichung: Leichte Verschlechterung des Prognosewertes zum Planwert, bedingt durch Korrektur eines Formelfehlers, Wiederaufnahme des beklagten Teilbereichs der K31, Lorsch, und Tausch einer Maßnahme (K55, Raidelbach-Gadernheim anstelle von K11, freie Strecke Nieder-Liebersbach bis Ober-Liebersbach).

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Um für alle Kreisstraßen die Zustandsklasse 3,5 als Obergrenze zu erreichen, sind entsprechende Mittel für die erforderlichen Investitions- und (Wert)erhaltungsmaßnahmen bereitzustellen, die deutlich über das derzeitige Niveau hinausgehen müssen. Insbesondere sind Erhaltungsmaßnahmen sowie grundhafte Erneuerungen und Deckenerneuerungen - auch ohne Förderung durch Bund oder Land - notwendig, um den Werteverzehr aufzuhalten. Insbesondere im Bereich der Ingenieurbauwerke (Über- und Unterführungen, Stützbauwerke) ist in den kommenden Jahren mit größerem Erhaltungs-, Instandsetzungs- und Ersatzneubauaufwand zu rechnen. Die bisher teilweise erreichten Unterschreitungen der jeweiligen Planwerte sind auch auf Abstufungsmaßnahmen zurückzuführen. Dieser Effekt entfällt nunmehr.

I/2016	3,79	3,92	3,82	
JA 2015	3,95	3,92	-0,8 %	
JA 2014	4,19	4,02	-4 %	
JA 2013	4,09	4,07	-0,5 %	
JA 2012	4,37	4,21	-4 %	
JA 2011	4,22	4,11	-3 %	
JA 2010	3,95	4,22	7 %	
JA 2009	3,95	4,14	5 %	

5100 Öffentlicher Personennahverkehr

1 Qualitätssteigerung des Verkehrsangebots

Anzahl der Beschwerden je 100.000 Fahrgäste

I/2016	max. 6	0,96	2,89	
JA 2015	max. 6	1,68	-72 %	
JA 2014	max. 6	2,3	-62 %	
JA 2013	max. 6	2,2	-63 %	
JA 2012	max. 7	1,5	-79 %	
JA 2011	max. 7	2,1	-70 %	
JA 2010	max. 7	2,4	-66 %	
JA 2009	max. 7	2,4	-66 %	
I/2016	max 386 / 6.437.000	62 / 6.437.000	186 / 6.437.000	

5141 Boden- und Gewässerschutz**1 Erhalt und Erhöhung der Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag**

Anzahl der Wasserschutzgebiete mit Kooperationsvertrag

Gründe der Abweichung: Die Abschlüsse der Kooperationsverträge für die Wasserschutzgebiete zwischen den Wasserversorgern und den Landwirten konnten noch nicht getätigt werden, da die Vertragsverhandlungen noch andauern.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Es wird weiterhin versucht, die Abschlüsse der Kooperationsverträge zwischen den Wasserversorgern und den Landwirten voranzutreiben.

I/2016	27	24	27	
JA 2015	27	24	-11 %	
JA 2014	16	24	50 %	
JA 2013	16	20	25 %	
JA 2012	15	15	0 %	
JA 2011	15	10	-33 %	
JA 2010	15	10	-33 %	
JA 2009	11	10	-9 %	

6020 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**1 Kreditportfoliomanagement: Liquiditätssicherung, Begrenzung des Zinsänderungsrisikos, Nutzung öffentlicher Finanzierungsmöglichkeiten, Sicherstellung günstiger Marktkonditionen durch Wettbewerbsverfahren**

Zinsaufwand Investitionskredite einschließlich Derivate auf Basis der Zinsfestschreibung bzw. Forwardzinssätze: ZinsA + 1,0 % < ZinsA Plan (in €)

Gründe der Abweichung: Der Zinsaufwand hat sich aufgrund der günstigen Zinskonditionen sowie dem geringeren und späteren Bedarf an Investitionskrediten positiv entwickelt.

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Im Istwert I/2016 sind die Zinsen 2016 für bestehende festverzinsliche Investitionskredite bis auf die Zinsabgrenzung (d. h. im Jahr 2017 fällige, jedoch dem Haushaltsjahr 2016 zuzurechnende Zinsen) bereits in voller Höhe enthalten.

I/2016	604.542	339.212	501.056	
JA 2015	758.346	551.446	-27 %	
JA 2014	1.480.417	1.321.246	-11 %	
JA 2013	1.703.827	1.430.187	-16 %	
JA 2012	1.815.617	1.577.962	-13 %	
JA 2011	1.809.218	1.651.822	-9 %	
JA 2010	1.831.602	1.722.660	-14 %	

2

Zinslastquote = Finanzaufwendungen x 100 / Summe der ordentlichen Aufwendungen

Kennzahl (absolut): Finanzaufwendungen in Mio. € / Summe der ordentlichen Aufwendungen in Mio. €

Gründe der Abweichung: Sh. Erläuterungen zu Kennzahl 1

Kommentar/Steuerungsmaßnahmen: Eine unterjährige Betrachtung dieser Kennzahl ist nicht sinnvoll, da es sich um jahresbezogene Aufwendungen handelt.

I/2016	2,00 %	sh. Erl.	1,88 %	
JA 2015	3,28 %	1,77 %	-46 %	
JA 2014	3,36 %	1,62 %	-52 %	
JA 2013	3,57 %	1,77 %	-50 %	
JA 2012	4,27 %	1,91 %	-55 %	
JA 2011	3,19 %	2,25 %	-29 %	
I/2016	8,4176 / 420,2454	sh. Erl.	7,4867 / 398,7381	